



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 14. September 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 177 Anfrage Brunner Simone und Mit. über ein systematisches Monitoring der volkswirtschaftlichen Veränderungen und Risiken im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Simone Brunner ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Simone Brunner: Vielen Dank für die ausführliche Antwort auf meine Anfrage, welche in den letzten Monaten eine neue Brisanz erhalten hat. Beim gestrigen erneuten Durchlesen habe ich festgestellt, dass ich mit den Antworten der Regierung fast gänzlich zufrieden bin. Ich möchte aber noch zwei Anmerkungen machen. Die erste Anmerkung betrifft die Fragen 3 und 5, bei denen die Regierung schreibt, dass der Kanton diverse Massnahmen zur Stärkung der Wirtschaft umsetzen würde, zum Beispiel das Innovationsförderungsprogramm «zentralschweiz innovativ». Ich finde das ein wichtiges und gutes Angebot. Gespräche mit verschiedenen Geschäftsinhabenden in der Stadt haben mir aber gezeigt, dass dieses Angebot – also die 40 kostenlosen Beratungsstunden oder das Coaching Krisenbewältigung – vielen unbekannt ist. Sie waren überrascht, dass der Kanton so etwas anbietet. Es ist wichtig, dass die Angebote nicht nur auf den Webseiten stehen und beim zufälligen Stöbern im Netz gefunden werden, sondern diese müssen auch über verschiedenste Kanäle gestreut werden. Die KMU, die Unterstützung brauchen und Innovationsförderung wollen, müssen die Angebote kennen und wahrnehmen können, bevor es zu spät ist. Auskünfte der Geschäftsleiter haben ergeben, dass gerade der Detailhandel in den Beratungsgesprächen untervertreten ist. In meinen Augen wäre es wichtig, dass auch in dieser Branche die Innovationsentwicklungen angeschaut werden. Zweitens zu Frage 4: Hier bin ich nicht einverstanden damit, wie die Regierung ihre Rolle bezüglich der Unterstützung von Weiterbildungs- oder Umschulungsmassnahmen von Arbeitnehmenden sieht. Ich bin der Meinung, dass der Kanton hier sehr wohl Rahmenbedingungen schaffen sollte, damit er Arbeitnehmenden mit kleinen Löhnen, welche sich keine Weiterbildung leisten können und bei denen sich der Arbeitnehmer nicht an den Weiterbildungskosten beteiligt, Unterstützung anbietet. Ich bin überzeugt, dass wir damit volkswirtschaftlich gesehen auf lange Sicht besser darstehen. Ich bin auch der Meinung, dass bei diesem Lösungsansatz nicht von staatlich verordneten Massnahmen gesprochen werden kann. Der Kanton hat zum Beispiel mit dem neu lancierten Projekt der Bildungsgutscheine für Grundkompetenzen einen ersten wichtigen Grundstein gelegt und anerkennt die Wichtigkeit der Grundkompetenzen, um weiterhin im Arbeitsmarkt bestehen zu können. Dieses Angebot könnte noch erweitert werden.

André Marti: Soweit der Staat bei diesem Thema eine Aufgabe hat, wird sie meines Erachtens gut erfüllt. Wir sprechen hier nicht über das Corona-Notmanagement, sondern über eine Aufgabe, die der Staat im Normalbetrieb hat. Diese zu definieren, ist wohl das Ziel der Anfrage. Den Zustand der Luzerner Wirtschaft genau im Auge zu behalten und dabei alle

möglichen Quellen zu pflegen, das ist richtig und wird gemacht. Eine Übersicht der gefährdeten Betriebe macht keinen Sinn, denn diese ändert sich sehr schnell, und eine systematische Erfassung wäre mit viel zu viel Aufwand verbunden. Bei den wichtigen Unternehmen wird natürlich genauer hingeschaut. Ein Monitoring oder Massnahmen auf der Ebene der Mitarbeitenden zu erarbeiten, wäre übertrieben. Die heutigen Massnahmen sind ausreichend. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Auffangnetze für den schlimmsten Fall vorhanden. Im Wirtschaftsverständnis unseres Landes sorgt der Staat für die wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen, er befasst sich aber nicht systematisch und flächendeckend individuell mit den Risiken aller Unternehmen. Es ginge viel zu weit, wenn der Staat bereits vorsorglich für mögliche Risikoszenarien massgeschneiderte Pläne für die Mitarbeitenden ausarbeiten würde und dann bei möglichen Entlassungen schon vorbereitet wäre. Die bewährten Instrumente der Kurzarbeit und Arbeitslosenversicherung stehen zur Verfügung, und damit sind wir gut gerüstet. Auch für die strategische Weiterentwicklung und die Entwicklung von Innovationen stehen den Firmen gute Angebote zur Verfügung. Hier ist festzuhalten, dass es in der Verantwortung der Firmen liegt, sich für die Zukunft zu rüsten. Das ist keine Staatsaufgabe. Es ist auch nicht nötig, dass alle Firmen mit allen Mitteln am Leben erhalten werden. Eine laufende Strukturbereinigung ist für einen gesunden Wirtschaftsstandort nötig. Die FDP sieht hier keinen Handlungsbedarf.

Michèle Graber: Aus Sicht der GLP sind die Antworten der Regierung zufriedenstellend und schlüssig. Kennzahlen zur Erfassung der Wirtschaftsentwicklung sind zu einem grossen Teil abhängig von nationalen und internationalen Grosswetterlagen. Erhebungen von Zahlen werden schon oft gemacht zum Beispiel von der Konjunkturforschungsstelle (KOF) und dem Bundesamt für Statistik, aber auch gewisse Banken machen verschiedene branchenspezifische regionale und überregionale Studien und Monitorings. Es lohnt sich, diese zwischendurch zu studieren. Sie sind sehr gut und zeigen auf, wie es in unseren Regionen steht. Die Kommunikation der verschiedenen Stellen, Verbände und Organisationen funktioniert in der Zentralschweiz recht gut. Ein weiteres systematisches Monitoring auf Kantonsebene erachten wir als nicht zielführend. Bei den Antworten zu den Fragen 3 und 4 bin ich anderer Auffassung als Simone Brunner. Weiterbildungen und Umschulungsmassnahmen liegen für uns ganz klar in der Verantwortung der Unternehmen und der Arbeitnehmenden. Ein grosser Teil der Aus- und Weiterbildungen wird vom Staat unterstützt. Aber auch den Branchenverbänden kommt eine wichtige Aufgabe zu, einerseits die Betriebe über die Möglichkeiten zu informieren, andererseits im Bereich spezifischer Aus- und Weiterbildungen. Die Branchenverbände haben nämlich das Know-how, welches die wichtigen Kompetenzen für adäquat ausgebildete Mitarbeitende und die Weiterentwicklung des Betriebs sind, um im wirtschaftlichen Umfeld der Zukunft überhaupt bestehen zu können. Aus unserer Sicht ist es nicht Staatsaufgabe, Umschulungen und Weiterbildungen spezifisch bei gefährdeten Unternehmen zu unterstützen. Dies wäre ein Fass ohne Boden, und eine Abgrenzung der anspruchsberechtigten Unternehmen wäre praktisch unmöglich.

Bernadette Rüttimann Oehen: Dieses Thema ist brandaktuell und für die Regierung sehr wichtig. Sie führt in der Antwort aus, wie sie die Daten erhebt, nämlich mit einem systematischen Ansatz einerseits auf nationaler Ebene über das Bundesamt für Statistik, die KOF und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), andererseits auf kantonaler Ebene über die Lustat, das Sozialversicherungszentrum WAS und durch den Einbezug der neusten Zahlen der Arbeitslosen und der Kurzarbeitsentschädigungen. Was nie vergessen werden darf, ist das direkte Gespräch mit den grösseren KMU im Kanton Luzern, welches der Kanton sucht. Aus Sicht der CVP liegt die Schwierigkeit der Datenerhebung darin, das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu berücksichtigen und die Qualität über die Quantität zu stellen. Die Regierung lebt einen Top-down-Ansatz, und dabei ist es wichtig, dass sie Kennzahlen und Ziele für ihre Aufgaben definiert. Die CVP ist mit den Antworten zufrieden.

Samuel Zbinden: Ich danke Simone Brunner für die sehr wichtige Anfrage und der Regierung für die Beantwortung. Zum Zeitpunkt, als die Anfrage eingereicht wurde, nämlich Ende Januar 2020, war Corona bei uns noch kein grosses Thema. Die sich anbahnende Wirtschafts- und Gesundheitskrise haben wir alle noch nicht erahnt. Die Ereignisse der

letzten Monate haben gezeigt, warum die Anfrage wichtig ist. Ich danke dafür, dass die Regierung aufzeigt, wie sie das systematische Monitoring durchführt und welche Kennzahlen dafür entscheidend sind. Wo noch Handlungsbedarf besteht, hat Simone Brunner bereits aufgezeigt. Ein Punkt bezüglich der volkswirtschaftlichen Risiken wurde hier aber noch nicht angesprochen. Im Gegensatz zu einer Corona-Krise, welche die Wirtschaft, die Bevölkerung und die Politik weitgehend auf dem falschen Fuss erwischt hat, steht eine andere Krise, nämlich die Klimakrise. Dabei ist es klar, was auf uns zukommt in Bezug auf Umweltkatastrophen und darauf, wie sich unsere Wirtschaft anpassen muss. Uns allen ist klar, dass unsere Wirtschaft in nicht allzu ferner Zeit auf fossile Energieträger verzichten muss. Leider sind aber heute noch ein grosser Teil der Luzerner Wirtschaft und damit Hunderttausende Arbeitsplätze von diesen Energieträgern abhängig. Ich befürchte, dass unsere Pläne ein wichtiger erster Schritt sind, aber wahrscheinlich nicht ausreichen, um die Klimakrise zu bewältigen. Ich erwarte von der Regierung, dass sie im Klimabericht ein schnelleres Vorgehen skizziert und auch aufzeigt, wie in den Branchen, die sehr stark auf die fossilen Energieträger angewiesen sind, die Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen vom Staat unterstützt werden können. Wenn wir Massnahmen beschliessen, die gewisse Branchen und Arbeitnehmende hart treffen, müssen wir diese unterstützen. Dies wäre sozialer Klimaschutz.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Diese Anfrage ist aufgrund der schwierigen Situation des Stahlkonzernes Schmolz + Bickenbach im Januar 2020 entstanden. Wir haben es gehört: Wer hätte sich damals vorstellen können, was inzwischen alles in unserem Land und auf der Welt passiert ist. Mit Blick auf die Corona-Krise hat die Anfrage also an Aktualität gewonnen, und ich gehe mit den Vorrednern darin einig, dass diese Anfrage jetzt zu einem guten Zeitpunkt wichtige Antworten liefert. Es geht inzwischen nicht nur um ein Unternehmen, sondern um viele. Es geht um eine volkswirtschaftliche Brisanz, die sich inzwischen ausgeweitet hat. Die Krise hat gezeigt, dass unser Monitoring bildlich gesprochen wie ein Cockpit funktioniert, das wir jetzt wegen Corona noch ausgebaut haben. Am wichtigsten ist aber, dass wir eine gute Vernetzung mit den Wirtschaftsverbänden und Unternehmerinnen und Unternehmern pflegen einerseits durch die kantonale Wirtschaftsförderung, das erfolgreiche PPP-Modell, in dem auch die Wirtschaft einen grossen Teil mitbezahlt und die Gemeinden integriert sind, und andererseits durch den direkten Austausch der Regierung und der Politik mit den Unternehmen. So schaffen wir Vertrauen und spüren im Gespräch den Puls der Wirtschaft. Wir können so zuverlässig und schnell sein. Wir konnten dank dieser flexiblen Herangehensweise in der Corona-Krise den Austauschrhythmus erhöhen. Jetzt haben wir diesen wieder ein wenig abgebaut, können ihn bei Bedarf aber wieder erhöhen, weil die Gefässe stehen und das Netzwerk vorhanden ist. Das Positionspapier, welches Ihrem Rat vorgelegen hat, hat insbesondere auch das Monitoring Wirtschaft beinhaltet. Seit den Sommerferien wird dieses Monitoring der Regierung regelmässig vorgelegt, und wir sind im ständigen Austausch mit den Verbänden. Es gibt verschiedene Institutionen, vor allem auch auf Bundesebene, die viele Zahlen liefern. Wir tragen diese in der Dienststelle Raum und Wirtschaft zusammen. Mit Lustat ist auf Ebene Kanton ein Partner vorhanden, der uns hilft, uns die wichtigen Informationen zugänglich zu machen und der Regierung damit eine Übersicht zu ermöglichen. Ich komme nun auf die zusätzlichen Fragen von Simone Brunner zurück. Ich habe mir erlaubt, während ihres Votums kurz zu googeln. Wenn man «Wirtschaftsförderung» eingibt, kommt als Erstes Luzern Business. Dort klickt man «Coronavirus» an, und auf dieser Seite sind die Coaching-Angebote aufgeführt. Wir können kommunizieren, aber die Unternehmen sind auch in der Pflicht, sich zu informieren. Wir können nicht alle erreichen, man sollte auch selbst aktiv suchen. Ich habe selber im letzten Frühling viele E-Mail-Anfragen erhalten, und wir haben immer wieder auf die bestehenden Angebote hingewiesen. Ich hoffe, dass so weitere Unternehmen davon erfahren haben und dies nutzen. Bezüglich Aus- und Weiterbildung bin ich der Meinung, dass diese in der Verantwortung der Unternehmer und der Arbeitnehmenden liegt. Zur Bemerkung von Samuel Zbinden: Es wurde jetzt beim dritten Vorstoss in Folge der Planungsbericht Klima-

und Energiepolitik erwähnt. Daraus können Sie erahnen, dass dieser Bericht sehr komplex und umfassend sein wird, was aber nicht vermeidbar ist.